

AUSGABE 1 | 2025

# STÄDTETAG AKTUELL



## Inhalt

### SCHWERPUNKT BUNDESTAGSWAHL

Finanz- und Haushaltspolitik –  
Zeit für ein Umdenken

Bildung und digitale Kompetenzen  
fördern und gesellschaftliche  
Integration ermöglichen

Krankenhausversorgung sichern  
und Sozialausgaben auskömmlich  
gestalten

Daseinsvorsorge in den Städten  
sichern, wirksame Verbesserungen  
für gutes Leben liefern

Klimaschutz und Wirtschaftskraft  
gehören zusammen

Städte, Zivilgesellschaft, Demokratie  
unter Druck: Nur gemeinsam stark

### AUS DEN STÄDTEN

Mitmachaktion für Städte:  
Räume für Demokratie gesucht

### AUS DEM STÄDTETAG

Neues Miteinander nach der  
Bundestagswahl

## TITELFOTO

### Gotha feiert 1250 Jahre Stadtjubiläum

Noch bis Oktober 2025 feiert Gotha seine 1250-jährige Stadtgeschichte. Historischer Hintergrund ist die Ersterwähnung der Stadt am 25. Oktober 775 durch Kaiser Karl den Großen. Über das Jubiläumsjahr hinweg sind in Gotha in Zusammenarbeit mit Vereinen und Organisationen zahlreiche Veranstaltungen geplant.

Zu den Highlights zählen der „MDR-Osterspaziergang“ am 20. April 2025 sowie der 19. Thüringentag vom 2. bis 4. Mai 2025 unter dem Motto „Feiern unterm Friedenstein“. Ein großes Finale mit historischem Festumzug und Fest auf Schloss Friedenstein (Coverfoto: Sebastian Köhler) beendet das Jubiläum am 25. Oktober 2025. Besucherinnen und Besucher können sich auf Themenmeilen, Feuerwerke, Shows und eine Zeitreise durch Gothas Geschichte freuen.

Alle Infos unter:

➔ [www.gotha1250.de](http://www.gotha1250.de)

Am 22. und 23. Januar trafen sich in Gotha die (Ober)Bürgermeisterinnen und (Ober)Bürgermeister zahlreicher deutscher Städte zu Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

➔ [www.staedtetag.de/25108](http://www.staedtetag.de/25108)

## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

was vermutlich die meisten Menschen in diesem Land vor der anstehenden Bundestagswahl eint, ist der Gedanke: Es muss sich etwas ändern. Woran die Menschen dabei aber denken, ist höchst unterschiedlich. Das hängt von ihrer Lebenssituation ab, von ihren persönlichen Erfahrungen, ihrem Umfeld. Die eine denkt dabei an mehr Tempo beim Klimaschutz, der nächste an eine andere Migrationspolitik und wieder eine andere an bezahlbare Mieten. Oder weniger Bürokratie. Oder mehr Digitalisierung, eine bessere Krankenversorgung, Investitionen in Schulen.

### „Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass sich etwas zum Besseren ändert.“

Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, dass sich die Probleme und Herausforderungen, die wir vor uns sehen, mit ein oder zwei einfachen Maßnahmen lösen lassen. Die Welt ist komplex. Trotzdem ist eines klar: Die Veränderung beginnt vor Ort, in den Städten erleben die Menschen Politik hautnah. Ohne uns geht es nicht. Wir sind die Gestalterinnen und Gestalter vor Ort, wir machen Politik konkret. Wenn wir in den Städten dafür sorgen, dass Schulen, Kitas, Verkehrsnetze, Ämter, Energieversorgung, Sicherheit, Sport und Kultur funktionieren, dass Wohnraum geschaffen wird und Probleme gelöst werden – dann gewinnt auch die Demokratie. Verlieren wird sie mehr und mehr, wenn die Politik vor Ort nicht mehr als Gestalter, sondern als Mangelverwalter wahrgenommen wird.



Rund hundert Stadtspitzen und weitere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker nahmen am Hauptausschuss des Deutschen Städtetages in Gotha teil – zu Gast auch: Thüringens Ministerpräsident Mario Voigt sowie die stellvertretende Ministerpräsidentin Katja Wolf. (© Stadt Gotha, Lutz Ebhardt)

Städte wollen mitgestalten. Das können sie nur, wenn Bund und Länder ihnen weitreichende Befreiheit belassen. Deutlich mehr finanzielle Mittel und mehr Gestaltungsmacht für die Politik vor Ort, das sind die Stichworte. Und es braucht Gesetze, die praxis- und lebensnahe Politik für die Menschen ermöglichen. Die neue Regierungskoalition muss sich in ihrem Koalitionsvertrag zu einem neuen Miteinander verpflichten – welche Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Städten soll es geben und wie wird sie finanziert?

Der Deutsche Städtetag reicht der künftigen Bundesregierung dafür die Hand. Was zu diesem neuen Miteinander gehört, skizzieren wir in dieser Ausgabe von Städtetag aktuell. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass sich etwas zum Besseren ändert.



Helmut Dedy,  
Hauptgeschäftsführer des  
Deutschen Städtetages

© Laurence Chaperon

### Bundestagswahl: Das bewegt die Städte

In dieser Ausgabe von Städtetag aktuell zeigen die Beigeordneten des Deutschen Städtetages in sechs Namensbeiträgen, vor welchen Herausforderungen die Städte stehen und welche Lösungen es nach der Bundestagswahl braucht: ein Überblick über das, was die Städte in Deutschland bewegt.

Die Erwartungen des Deutschen Städtetages an die künftige Bundesregierung („Für ein neues Miteinander“) finden Sie hier:  
[www.staedtetag.de/25107](http://www.staedtetag.de/25107)

# Finanz- und Haushaltspolitik – Zeit für ein Umdenken

Von Dominique Köppen



© Andrey Popov – stock.adobe.com

**In der dramatischen Situation der öffentlichen Haushalte zeigt sich besonders deutlich, vor welchen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungszwängen unser Land steht: Unsere verfügbaren Mittel reichen kaum, um die gesetzlich fixierten Aufgaben des Staates abzudecken, ganz zu schweigen von der Finanzierung der unabwiesbaren Herausforderungen. Zugleich müssen zunehmend Abstriche bei der Erfüllung der Kernaufgaben gemacht werden, wie man am Zustand der sozialen und der technischen Infrastruktur sieht.**

**„Das Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden.“**

Inmitten dieser Krise arbeiten die drei Ebenen Bund, Länder und Gemeinden nicht gut zusammen: Bund und Länder verlagern oftmals nur ihre Probleme in die kommunale Ebene hinein, anstatt sie selbst zu lösen. Dabei erkennen Bund und Länder die Brisanz der Lage in den Städten nicht. Die kommunalen Haushalte stecken in einem Rekorddefizit, das nicht von allein verschwinden wird.

Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Das Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Was das bedeutet, erläutere ich nachfolgend mit Blick auf die drei Schwerpunkte Verteilung und Finanzierung der Aufgaben, Finanzverteilung sowie Formen der Zusammenarbeit (Förderprogramme).

## **Verteilung und Finanzierung von Aufgaben**

In einem geordneten Staatswesen sollte zuerst die Aufgabenverteilung zwischen den Ebenen festgelegt werden, die entsprechende Finanzierung der einzelnen Ebenen folgt dann aus der Aufgabenverteilung. Bei Aufgaben, die regional stark

streuen oder über die Landes- beziehungsweise Gemeindegrenzen wirken, ist dies bei der Aufgaben- und Mittelzuordnung zu beachten. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, deren Sinn und Zweck sich jedem und jeder sofort erschließt.

### Dieses Verfahren funktioniert in der Bundesrepublik seit langem nicht

In der Theorie haben Bund und Länder viele Probleme erkannt, die Debatten um das Konnexitätsprinzip (wer bestellt, bezahlt) sind ein gutes Beispiel. Aber all zu oft wird nach der Devise gehandelt „Grundsätzlich ja, im konkreten Fall nein!“. Es werden Schlupflöcher gesucht und gefunden.

### Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Städten an die Realität anpassen

Wir brauchen eine neue Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Kommunen tragen circa ein Viertel der gesamtstaatlichen Ausgaben, haben allerdings nur ein gutes Siebtel der Steuereinnahmen. Allein dieser Zahlenvergleich macht die Unwucht im System deutlich. Ein Weg zur Verbesserung der Situation ist ein größerer Anteil der Städte an den Gemeinschaftssteuern, zum Beispiel an der Umsatzsteuer. Eine Erhöhung unseres Anteils an den Gemeinschaftssteuern bedeutet nicht nur, dass insgesamt mehr Geld in kommunalen Kassen ist und die Defizite sinken. Das zusätzliche Geld kommt dann auch noch auf dem richtigen Weg, frei von realitätsfremden, unnötig einschränkenden Auflagen, bei den Kommunen an.

### Kooperativ zusammenarbeiten

Viele Mittel stellen Bund und Länder den Kommunen in der Form von Förderprogrammen bereit. Gegen diesen Transferweg ist nur dann nichts einzuwenden, wenn spezielle Gründe dafürsprechen. Zusätzlich

**„Die Kommunen tragen circa ein Viertel der gesamtstaatlichen Ausgaben, haben allerdings nur ein gutes Siebtel der Steuereinnahmen.“**

sind die Förderprogramme von einem ausgeprägten Misstrauen gegenüber der sachgerechten Mittelverwendung durch die Kommunen geprägt. Das schlägt sich dann in der Form unnötiger, kleinteiliger, lebensfremder und im Ergebnis schlichtweg teurer und unnützer Vorgaben und Nachweispflichten nieder. Dort, wo es Förderprogramme braucht, muss deren Ausgestaltung von gegenseitigem Vertrauen und dementsprechend schlanken Vorschriften geprägt sein.

### Ein Wort zum Schluss

Die vor uns liegenden Herausforderungen sind immens. Zwei Reaktionen hierauf sind ebenso verständlich wie falsch: Es ist falsch, den Kopf in den Sand zu stecken und die Probleme zu leugnen. Dies führt nur dazu, dass die Probleme größer werden. Ebenso falsch ist es aber, den Untergang Europas herbeizubeschwören und sich der Verzweiflung hinzugeben. Die vor uns liegenden Herausforderungen sind groß, vermutlich die größten seit mehreren Jahrzehnten, aber sie sind lösbar.



© privat

Beigeordneter  
Dr. Dominique Köppen,  
Leiter des Dezernats Finanzen  
beim Deutschen Städtetag

## Bildung und digitale Kompetenzen fördern und gesellschaftliche Integration ermöglichen

Von Daniela Schneckenburger

**Zugreisende wissen es, Eltern, Kinder, Lehrerinnen und Lehrer wissen es auch: Ob Schienen oder Schulen, der Investitionsbedarf in Deutschland ist groß. Er wächst von Jahr zu Jahr. Im Gegensatz dazu schrumpfen die Bewegungsspielräume für öffentliche Haushalte. Darum: Eine Konzentration auf das Notwendige, auf das Wesentliche, auf die Voraussetzung für ein besseres Morgen – das sollte die Leitlinie des Regierungsprogrammes der nächsten Bundesregierung sein. Aber was ist das: das Wesentliche?**

Bildung ist ein wesentlicher Standortfaktor in einem rohstoffarmen Land. Investitionen in Bildung sind wesentliche Investitionen, um berufliche Chancen zu eröffnen, die Arbeitsmarktintegration von Menschen zu ermöglichen und sie zu befähigen, Umbrüche und Verwerfungen einer Gesellschaft im Globalisierungsprozess verstehen

**„Bildung ist ein wesentlicher Standortfaktor in einem rohstoffarmen Land (...)  
Wo es an Fachkräften fehlt, um Aufgaben zu erfüllen, entsteht keine Wertschöpfung.“**

und persönlich bewältigen zu können. Die Ausstattung der Schulen mit digitaler Infrastruktur, ihr Anschluss an die digitale Datenautobahn (da sind uns andere Länder – Estland! – weit voraus), heißt: unseren Kindern den Anschluss an die digitale Revolution zu ermöglichen.

Schon heute hat die Digitalisierung nahezu alle Lebensvollzüge verändert. Unter den Bedingungen künstlicher Intelligenz wird dies zunehmen. Zur Wahrheit gehört aber: Die Städte werden das nicht stemmen können ohne die vereinte Hilfe von Bund und Ländern. Jeder investierte Euro zieht für die Schulträger einen Euro an Supportkosten nach sich. Eine Herkulesaufgabe für die städtischen Kämmerer.

Die alte Bundesregierung hat es am Ende doch noch vorbereitet, die neue Regierung muss es nun zum Erfolg bringen: Der Digitalpakt Schule muss kommen. Er muss schnell kommen, er muss dauerhaft finanziell abgesichert sein, er muss praxistauglich sein. Denn er ist wesentlich: damit schulisches Lernen, schulische Bildung sich nicht in einem Paralleluniversum einer Gesellschaft bewegt, in der TikTok und Co. dabei sind, das demokratische Fundament zu untergraben. Damit unsere Kinder und somit Deutschlands Zukunft nicht abgehängt werden. Stillstand ist Rückschritt. Das gilt gerade im digitalen Zeitalter.

Wichtig wäre aber noch mehr. Zwar hatte die letzte Bundesregierung angekündigt, Städte als Bildungsakteure gemeinsam mit den



Ländern an den Bundestisch zu bitten. Der Ankündigung folgte jedoch keine Einladung. Gerade weil die Aufgabe der Digitalisierung der Bildung so groß ist, gerade weil die Kontroverse über den Einsatz von Tablets bereits bei den Kleinsten richtig ist, gerade weil wir uns angesichts der Kassenlage in den Städten auf Wesentliches konzentrieren müssen – muss eine verlässliche Roadmap her, die Ausbauschritte pädagogisch begründet und machbar definiert.

Was brauchen wir und was können wir uns leisten – und was müssen wir uns leisten? Eine nationale Planungsgruppe, in der alle am Tisch sitzen, ein funktionierendes Mehrebenen-system der Bildung. Das wäre ein echter Fortschritt der kommenden Bundesregierung auf dem Weg zu einem anderen Miteinander.

Dieses andere Miteinander brauchen die Städte, wenn sich der Pulverdampf des Wahlkampfes auf allen Seiten verzogen hat und die Arbeit der Bundesregierung auf die Strecke geht, auch in einem anderen Themenfeld. Ordnung und Humanität

in der Migrationspolitik und die Unterstützung der Integration in den Städten gehören zusammen. Es wäre fahrlässig, an den Integrationskursen zu sparen, wie es sich im Entwurf des Bundeshaushaltes für 2025 abzeichnete. Wo es an Deutschkenntnissen mangelt, bleiben Hürden beim Übergang in den Arbeitsmarkt auch bei vorhandener Qualifikation. Wo es an Fachkräften fehlt, um Aufgaben zu erfüllen, entsteht keine Wertschöpfung. Wo die Integration in den Arbeitsmarkt nicht gelingt, wird gesellschaftliche Integration in den Städten schwieriger.

Darum: Die Integrationsangebote der Städte brauchen die Unterstützung der Bundesregierung. Integrationskurse dürfen nicht gekürzt werden. Damit Städte weiter Orte des Miteinanders sein können.

© Frank Nürberger



Beigeordnete  
Daniela Schneckenburger,  
Leiterin des Dezernats Bildung,  
Integration, Kultur, Sport und  
Gleichstellung beim Deutschen  
Städtetag

# Krankenhausversorgung sichern und Sozialausgaben auskömmlich gestalten

Von Stefan Hahn

Alle Verantwortlichen wissen es: Wir haben in Deutschland nicht genügend Fachpersonal und öffentliche Haushaltsmittel, um die große Zahl an Krankenhäusern betreiben zu können. Politisch liegt die Verantwortung beim Bund und den Ländern, die Krankenhausfinanzierung und -planung so auszugestalten, dass wir weg kommen von zufälligen Krankenhausschließungen.

## Durch Schrumpfen zum Erfolg

Wir brauchen einen kontrollierten Schrumpfungsprozess, der gleichzeitig die Versorgungsqualität verbessert. Das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) verfolgt diese Ziele und ist nun in Kraft getreten. Jetzt müssen die Länder eine Krankenhausplanung aufsetzen, die steuert und nicht nur die Versorgungs-

lage beschreibt. Dazu müssen regional passgenaue Versorgungsaufträge erteilt werden, die die Qualität und gleichzeitig die Erreichbarkeit sichern.

Die kommunalen Krankenhäuser kämpfen derzeit mit einer äußerst angespannten finanziellen Situation. Viele Kommunen sehen sich gezwungen, ihre Krankenhäuser mit Zuschüssen in teils dreistelliger Millionenhöhe vor der Insolvenz zu retten. Diese faktische dritte, kommunale Finanzierungssäule der Krankenhäuser ist systemwidrig, sind doch der Bund und die Länder verantwortlich für eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung. Angesichts der aktuellen Haushaltslage der Kommunen ist die Übernahme von Millionendefiziten durch die Kommunen eine Katastrophe. Es droht die Insolvenz kommunaler Krankenhäuser,





## „Die Kommunen müssen einen großen Teil der Sozialausgaben tragen und können diese überproportionalen Steigerungen nicht kompensieren.“

die als Maximalversorger oder Schwerpunkt-krankenhäuser eine Versorgungsfunktion weit über die Mauern der eigenen Stadt hinaus haben.

Der Bund muss nunmehr dafür Sorge tragen, dass zum einen in der Übergangszeit bis zum Wirksamwerden des KHVVG eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung sichergestellt wird. Zum anderen muss mit dem KHVVG die strukturelle Unterfinanzierung beseitigt werden. Dazu gehört, dass eine engmaschige Evaluation der Auswirkungen der Vorhaltefinanzierung erfolgt, um Fehlentwicklungen unverzüglich entgegensteuern zu können.

### Sozialausgaben erdrücken die Kommunen

Die Ausgabenentwicklung in allen Sozialleistungsbereichen ist besorgniserregend. In der Kinder- und Jugendhilfe sind die Ausgaben in den letzten zehn Jahren zum Beispiel um 105 Prozent gestiegen, in der Eingliederungshilfe um 66 Prozent. Die Kommunen müssen einen großen Teil der Sozialausgaben tragen und können diese überproportionalen Steigerungen nicht kompensieren. Ursächlich für die Entwicklung sind neben den Lohnsteigerungen der letzten Jahre vor allem in sozialen Berufen auch gesellschaftliche Entwicklungen (zum Beispiel die demografische Entwicklung sowie der Zuzug geflüchteter Familien) und der Ausbau der individuellen Rechtsansprüche auf einzelne Leistungen, wie zum Beispiel auf ganztägige Förderung und Betreuung der Kinder zwischen einem und zehn Jahren.

Die weitere Festlegung von zusätzlichen Aufgaben ohne finanzielle Kompensation durch die Bundes- und Landesgesetzgeber muss unbedingt verhindert werden. Dies gilt allem voran für die Schaffung neuer Rechtsansprüche durch den Bund. Aber das reicht

nicht mehr aus: Der Bund muss die Kommunen substanziell und dauerhaft finanziell entlasten, damit sie die bereits erfolgten Ausgabensteigerungen schultern können.

Vor wenigen Jahren hat der Bund auch auf Hinwirken des Deutschen Städtetages vollständig die Finanzierung der Grundsicherung im Alter übernommen. Nun ist es an der Zeit, dass auch die Hilfen zum Lebensunterhalt für jüngere Menschen im Rahmen einer Zusammenlegung des 3. und 4. Kapitels SGB XII vollständig vom Bund übernommen werden. Auch eine dauerhafte erhebliche Bundesbeteiligung an Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe muss kommen. Befristete Förderkulissen des Bundes der vergangenen Jahre können für positive Schlagzeilen für Bundesminister sorgen, bedeuten für die Kommunen aber im Zweifel mehr Verwaltungsaufwand als finanzielle Entlastung. Der Ausbau einer verlässlichen Kindertagesbetreuung, die ganztägige Förderung der Grundschulkinder, die Hilfen zur Erziehung und die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen: All das sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, an denen sich der Bund endlich strukturell und nachhaltig finanziell beteiligen muss.

© Frank Nürberger



Stellvertretender Hauptgeschäftsführer und Beigeordneter Stefan Hahn, Leiter des Dezernats Arbeit, Jugend, Gesundheit und Soziales beim Deutschen Städtetag

## Daseinsvorsorge in den Städten sichern, wirksame Verbesserungen für gutes Leben liefern

Von Hilmar von Lojewski

**Die Menschen machen gutes Leben in den Städten an vielfältigen Anforderungen fest: Am Wohnen zu fairen Bedingungen. An kurzen, sicheren Wegen. An schönen öffentlichen Räumen. An gut erreichbaren und attraktiven öffentlichen Einrichtungen. Das sind nicht nur Essentials der Daseinsvorsorge. Das befördert auch den sozialen und räumlichen Zusammenhalt. Voraussetzung dafür ist das Miteinander von engagierten Menschen in der Zivilgesellschaft der Städte, in der Politik und in der Verwaltung. Voraussetzung dafür ist aber auch, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die finanzielle Ausstattung den Städten auch in Zukunft noch ermöglicht, die Daseinsvorsorge zu sichern.**

Das Versprechen auf gutes Leben ist in vielen Städten in Gefahr: Baukosten und Mieten entwickeln sich dramatisch. Die Mietpreise drohen den Zusammenhalt zu zerstören. Mietsteigerungen machen das Wohnen für viele Betroffene nicht mehr bezahlbar.

**„Die Städte ermöglichen gesellschaftlichen Zusammenhalt, liefern Leistungen für ihre Regionen und tragen entscheidend dazu bei, unsere Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele erreichen zu können.“**

Gleichzeitig laufen die Baukosten für private wie öffentliche Bauwillige aus dem Ruder. Viele öffentliche Gebäude, Straßen, Wege, Brücken und Tunnel sind marode und mitunter sogar eine Gefahr. Zudem müssen Bestände nicht nur erneuert, sondern auch Ersatz- oder Neubauten geschaffen werden. Viele Straßen, Wege, Plätze und das öffentliche Grün sind in schlechtem Zustand. Der Umstieg hin zu mehr Öffis stockt mitten in der Transformation. Attraktive neue Mobilitätsangebote sind längst wieder vom Tisch. Erhalt, Erneuerung, Um- und Ausbau bleiben hinter den Bedarfen zurück. Erstmal müssen die Bestandsnetze und ihr Betrieb gesichert werden. Das Ziel, den Anteil der Öffis bis 2030 zu verdoppeln, droht Makulatur zu werden.

Die Städte versuchen mit aller Kraft, die Mängel so wirksam wie möglich zu beheben, die Daseinsvorsorge zu sichern und gute Projekte auf den Weg zu bringen. Sie suchen dafür kreative Lösungen und setzen diese stadt- und projektspezifisch um. Um damit mehr Erfolg zu haben, müssten sie jedoch deutlich mehr selbst entscheiden dürfen, wo, was, wie zu tun oder zu lassen ist. Stattdessen sehen sie sich mehr Regularien denn je gegenüber und trotz des dichten Förderdschungels einer Mittelknappheit. Das schränkt sie in ihren Handlungsmöglichkeiten massiv ein.

Daher sind grundlegende Beiträge des Bundes gefordert. Sie machen sich fest an den gesetzlichen Rahmenbedingungen und Finanzmitteln. Und daran, das Wissen und Können der Städte anzuerkennen: Gesetze, Verordnungen, Förderungen und Verfahren müssen sich deutlich mehr an der Expertise der Städte orientieren. Nicht die Städte sollten sich erforderlichen gesetzlichen Regelungen und Förderungen anpassen müssen. Vielmehr müssen diese die Erfordernisse in den Städten berücksichtigen. Sonst können



Marktplatz in Gera mit sanierten Häusern und Rathaus. (© Uwe Schippmann)

sie die beabsichtigten Wirkungen nicht entfalten. Die Erwartungshaltung der Menschen macht sich an der Wirksamkeit des öffentlichen Handelns fest. Sie schreiben die Auswirkungen falscher Rahmensetzungen, zu geringer Fördermittel oder zu komplizierter Förderbedingungen den Städten zu.

Das muss der Bund ändern! Er ist gefordert, die Rahmenbedingungen für mehr Wohnungen in den Städten zu verbessern. Es muss gelingen, den privaten und öffentlichen Bauwilligen wieder kostengünstigen Wohnungsbau zu ermöglichen und bezahlbare Mieten für alle zu sichern. Das schließt eine Förderung nach Wirkungen genauso ein, wie die Mietpreisbremse und ein effektives Vorgehen gegen überhöhte Mieten. Unnötige Regularien und Standards müssen abgebaut und das Baugesetzbuch mutig novelliert werden. Es muss einen mehr am Gemeinwohl orientierten Ausgleich von privaten und öffentlichen Interessen ermöglichen und bodenpolitisch preisdämpfend wirken.

Der Bund muss die Städtebauförderung verdoppeln und entbürokratisieren. Sie hilft den Städten bei Investitionen zum Klimaschutz

und zur Anpassung an den Klimawandel. Und sie trägt zu einem guten Leben in den Städten bei. Ein guter ÖPNV muss zum Rückgrat der Mobilität in Städten und Regionen werden. Leistung und Qualität von Bus und Bahn müssen verbessert werden. Ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr braucht eine dauerhafte, verlässliche Finanzierung. Dafür muss der Bund sich endlich dazu bekennen, neue Wege zu gehen, die unabhängig von den öffentlichen Haushalten eine dauerhafte Finanzierung für Betrieb, Erneuerung und Ausbau der Öffis liefern.

Die Städte sind auf den Bund angewiesen. Aber der Bund auch auf die Städte. Denn die Städte ermöglichen gesellschaftlichen Zusammenhalt, liefern Leistungen für ihre Regionen und tragen entscheidend dazu bei, unsere Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele erreichen zu können.



© Frank Nürberger

Beigeordneter  
Prof. Hilmar von Lojewski,  
Leiter des Dezernats Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr



Das Klimahaus in Bremerhaven thematisiert den Klimawandel und Maßnahmen dagegen.  
(© Hansestadt Bremen, Marcus Meyer)

## Klimaschutz und Wirtschaftskraft gehören zusammen

von Dr. Christine Wilcken

**Wenn das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit seinem OB-Barometer jährlich die (Ober)Bürgermeisterinnen und (Ober)Bürgermeister nach den aktuellen Herausforderungen befragt, dann erhält man einen recht guten Eindruck davon, was die Stadtspitzen umtreibt. Die Themen wechseln, eines aber bleibt: Klimaschutz und Klimaanpassung werden seit Jahren als die wichtigsten Zukunftsaufgaben genannt.**

In den Städten wird hier an vielen Stell-schrauben gedreht. Jede dritte Kommune arbeitet an der kommunalen Wärmeplanung. 80 Prozent der kreisfreien Städte haben ein Klimaanpassungskonzept. Das Präsidium des Deutschen Städtetages hat sich stets zu den Klimazielen bekannt. Das ist weit mehr als ein Beschluss: Nur wenn jetzt eine

globale Trendwende bei den Treibhausgas-emissionen eingeleitet wird, sind die Pariser Klimaziele überhaupt noch in Reichweite. Viele Städte haben sich selbst ambitionierte Klimaziele gesetzt.

Das ist vor Ort oft keine Frage des Wollens. Es ist zuallererst eine Frage der Mittel. Da geht es um finanzielle Ressourcen. Aber es geht auch um ganz praktische Fragen: Woher kommen all die notwendigen Fachkräfte?

### Bei der Wärmewende ist die nächste Dekade entscheidend

Wärmewende, Verkehrswende und der Gebäudebereich sind die zentralen Hebel, um CO<sub>2</sub> wirksam zu reduzieren. Deutschland steht vor einem gigantischen Umbau seiner

## „Nur wenn jetzt eine globale Trendwende bei den Treibhausgasemissionen eingeleitet wird, sind die Pariser Klimaziele überhaupt noch in Reichweite.“

Energieinfrastruktur: Millionen Wärmepumpen und E-Fahrzeuge erfordern ein stabiles und intelligentes Stromnetz. Wärmenetze müssen ausgebaut und dekarbonisiert werden, Gasnetze transformiert, stillgelegt oder gar zurückgebaut werden. Die kommunale Wärmeplanung ist der Schlüssel für die Wärmewende. Der Start mit dem sogenannten Heizungsgesetz war holprig, aber mittlerweile sind die Grundlagen gelegt, damit die klimaneutrale Wärmeversorgung gelingen kann. Für die Städte steht die Kommunikation im Vordergrund. Alle sind betroffen und viele wollen absolute Verbindlichkeit. Das wird kaum leistbar sein. Die zweite große Herausforderung ist, dass die Städte in den kommenden Monaten eine Richtungsentscheidung zur künftigen Wärmeversorgung treffen müssen. Und das, obwohl nicht alle Fragen beantwortet sind, vor allem die der notwendigen Investitionen.

### Klimaschutz ist die wirksamste Maßnahme gegen den Klimawandel

Lange stand die Klimaanpassung im Schatten des Klimaschutzes. Dabei ist der Klimawandel längst da. Hochwasser kommen in immer schnellerem Takt und größerer Dimension. 2024 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Kein Kontinent erwärmt sich so stark wie Europa. Das Klimaanpassungsgesetz des Bundes ließ das Thema sichtbarer werden. Es soll auch für mehr Verbindlichkeit bei Zielen und Maßnahmen sorgen. Das Gesetz ist damit ein wichtiger Baustein einer modernen Klimapolitik. Dieser Weg muss sich fortsetzen. Mit der durch den Bruch der Regierung gestoppten Novelle des Baugesetzbuchs sollte der Klimaanpassung ein hoher Stellenwert zukommen. Bleibt zu hoffen, dass eine neue Bundesregierung dies wiederaufgreift.

### Fazit

Ohne Klimaschutz ist alles nichts. Der Klimawandel bedroht die Lebensqualität der Menschen und unsere Zukunft. Zugleich

müssen wir Debatten ernst nehmen, ob es nicht besser sei, den Klimaschutz mal ein bisschen an die Seite zu schieben und unsere Wirtschaft wieder anzukurbeln. Richtig ist, wir müssen rasch Maßnahmen ergreifen, um aus der Rezession zu kommen. Das heißt etwa, Energiekosten zu senken oder schneller zu planen und zu genehmigen für eine gute Infrastruktur. Das kann aber nicht heißen, gleich alle Umweltstandards über Bord zu werfen. Klimaneutralität und Wirtschaftskraft gehören zusammen.

Die Städte sind längst unterwegs und müssen nicht überzeugt werden. Die offene Flanke ist die Finanzierung – keine Transformationsaufgabe ist durchfinanziert. Die Städte brauchen dringend Planungs- und Investitionssicherheit. Bei Klimaschutz und Klimaanpassung müssen wir über eine neue Gemeinschaftsaufgabe reden. Und wir müssen darüber reden, unter welchen Bedingungen privates Kapital für die Energiewende genutzt werden kann. Vorschläge liegen auf dem Tisch. Bund und Länder sind jetzt gefordert. Sie tun gut daran, die Städte als Partner auf Augenhöhe zu sehen.

© Frank Nürberger



Beigeordnete Dr. Christine Wilcken,  
Leiterin des Dezernats Klima,  
Umwelt, Wirtschaft, Brand- und  
Katastrophenschutz beim  
Deutschen Städtetag

# Städte, Zivilgesellschaft, Demokratie unter Druck: Nur gemeinsam stark

Von Dr. Uda Bastians

**Die Städte sind das Herz unserer Demokratie. Hier engagieren sich Menschen haupt- und ehrenamtlich für das Gemeinwohl. Städte sind zentrale Orte des sozialen Zusammenhalts – ohne sie ist unser Gemeinwesen nicht denkbar.**

Doch die vergangenen Jahre haben die Städte stark belastet: Migration, Corona-Pandemie, Klima- und Energiekrise sowie Wohnraumangel stellen enorme Herausforderungen dar. Hinzu kommen die Folgen internationaler Konflikte, die sich in Protesten und teilweise gewalttätigen Demonstrationen niederschlagen. Die jüngsten Terrorangriffe in Solingen und Magdeburg zeigen, dass die Sicherheit in den Städten neu gedacht werden muss. Die Antwort kann nur ein gemeinsames, entschiedenes Handeln sein.

## Kommunale Selbstverwaltung stärken

Wir müssen feststellen, dass teilweise grundlegende Voraussetzungen fehlen, um den kommunalen Gestaltungsauftrag wahrzunehmen. Fehlende finanzielle Mittel sind ein drängendes Problem. Aber die Schwierigkeiten sind grundlegender. Die Städte kämpfen mit zunehmendem Personalmangel und immer neuen Aufgaben.

**„Städte müssen frühzeitig in Gesetzgebungsprozesse eingebunden werden, um ihre Umsetzungskompetenz einbringen zu können.“**

Zusätzlich erschweren neue regulatorische Anforderungen den Handlungsspielraum der Kommunen: Die Betreuungsansprüche für Kita- und Schulkinder werden trotz fehlender Erzieherinnen und Erzieher durch die Bundespolitik ausgeweitet. Neue Einbürgerungsregeln vervielfachen die Antragszahlen, ohne dass die Kommunen den Ansturm personell bewältigen können. Die Ausweitung des Wohngeldanspruchs erfolgt ohne Vorlaufzeit oder digitale Verfahren. Und Kontrollaufgaben durch die Cannabisfreigabe treffen die Kommunen – ohne klare Regeln oder personelle Ressourcen. Die Städte brauchen dringend Entlastung. Neue Gesetze müssen praxistauglich sein. Städte müssen frühzeitig in Gesetzgebungsprozesse eingebunden werden, um ihre Umsetzungskompetenz einbringen zu können. Prozesse müssen vereinfacht und unnötige Regelungen gestrichen werden.

## Verwaltungsdigitalisierung beschleunigen

Aufgaben müssen digitalisiert werden. Die Bearbeitung komplexer und neuer Aufgaben in den Verwaltungen trifft auf Personalmangel und unzureichende digitale Umsetzung. Uneinheitliche IT-Standards und fehlende zentrale IT-Lösungen für bundeseinheitliche Regelungen verhindern medienbruchfreie Prozesse. Es fehlt ein systematischer Ansatz zur Digitalisierung mit klaren Verantwortlichkeiten und gezielten Maßnahmen.

Um Städte zukunftsfähig zu machen, braucht es medienbruchfreie Prozesse, für die IT-Standards definiert und zentrale IT-Services bereitgestellt werden müssen. Zudem gilt es, die Gesetzgebung digital zu denken, neue Gesetze also von Anfang an auf digitale Umsetzbarkeit zu prüfen. Wir müssen Innovation fördern, denn künstliche Intelligenz und Cloud-Lösungen bieten großes Potenzial. Und nicht zuletzt müssen

wir die Informationssicherheit ausbauen und unter anderem unterstützt von verbindlichen Standards und Sensibilisierungsprogrammen die kommunalen Systeme vor Cyberangriffen schützen.

Die digitale Transformation kann durch effizientere Strukturen und eine neue Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen dazu beitragen, dass die Städte ihre Kernaufgaben verstärkt in den Fokus nehmen können. Ohne ausreichende finanzielle Unterstützung und eine klare Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen bleibt jedoch das Risiko, dass die Digitalisierung ins Stocken gerät.

### **Bedrohung, Hass und Gewalt eindämmen**

Angriffe auf kommunalpolitisch Engagierte, Rettungskräfte und Verwaltungsmitarbeitende nehmen alarmierend zu. Beleidigungen, Bedrohungen, Einschüchterungen bis zu Gewalt müssen geahndet und gesellschaftlich geächtet werden. Sonst wird es schwerer, Menschen für ein kommunales Engagement oder eine Tätigkeit in den Städten zu gewinnen. Um dem entgegenzuwirken, bedarf es eines umfassenden Ansatzes von Prävention, etwa indem die politische Bildung gestärkt und so die Demokratie als Fundament unseres Zusammenlebens vermittelt wird. Gleichzeitig gilt es, Angriffe konsequent zu verfolgen und Strafbarkeitslücken gezielt zu schließen. Und wer sich für unser gesellschaftliches Miteinander engagiert, braucht klare Unterstützungs- und Schutzmechanismen, auch in der virtuellen Welt.

Nur wenn sich kommunal Engagierte sicher fühlen, bleibt unsere Demokratie lebendig. Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam an einem Strang ziehen, um die Rahmenbedingungen für ein angstfreies Engagement zu schaffen.

© Nutty - adobe.stock.com



Die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger ist ein zentrales Anliegen der Städte. Mit den jüngsten Terroranschlägen in Solingen und Magdeburg hat das Thema eine neue Dimension erhalten. Die Städte passen regelmäßig ihre Maßnahmen vor Ort an, doch sie können die Mehrkosten nicht allein tragen. Terrorabwehr ist eine nationale Aufgabe, deren Finanzierung Bund und Länder übernehmen müssen.

### **Perspektive: Gemeinsam stark für unsere Städte**

Städte sind nicht nur Verwaltungseinheiten. Sie gestalten Zukunft und fördern das soziale Miteinander. Die Herausforderungen sind groß. Doch mit Reformen, Zusammenarbeit und einer starken kommunalen Selbstverwaltung kann es gelingen, die Städte zu entlasten und sie zukunftsfähig zu machen.

Bund und Länder müssen die Kommunen jetzt nachhaltig unterstützen – für lebenswerte Städte und eine starke Demokratie.

© Frank Nürberger



Beigeordnete Dr. Uda Bastians,  
Leiterin des Dezernats Recht und  
Verwaltung beim Deutschen  
Städtetag

Ort der Plakataktionen und der Zukunftsmusik-Festivals ist der ehemalige Kaufhof hier in der Bildmitte (Foto: Stadtarchiv-Nürnberg)



## Mitmachaktion für Städte: Räume für Demokratie gesucht

Die Bundeszentrale für politische Bildung ruft auf, „Raum für Demokratie“ zu werden. Bildungseinrichtungen, Unternehmen, Vereine oder auch kulturelle Einrichtungen, Kunst- und Kulturzentren oder Buchläden sollen damit zur Bundestagswahl den Austausch zu politischen Themen fördern. Insgesamt werden 1.000 „Räume für Demokratie“ gesucht. Die Bundeszentrale für politische Bildung stellt eine Plakette und ein Plakat zur Verfügung. Damit können die teilnehmenden Einrichtungen ihre Räumlichkeiten entsprechend kennzeichnen. Zudem gibt eine Liste mit Interaktions- und Veranstaltungsideen, von der sich die „Räume für Demokratie“ inspirieren lassen können.

➔ [www.staedtetag.de/25105](http://www.staedtetag.de/25105)



© Juliane Fehrl Photography

## Nürnberg: Plakatwettbewerb „Werbung für die Demokratie“

Die Stadt Nürnberg hat einen Plakatwettbewerb zur Bundestagswahl veranstaltet: Gefragt waren positive Bilder für die Demokratie, Plakat-Werbung dafür, was Demokratie ist, für jeden Einzelnen und die Gesellschaft, wofür sie steht oder wie Demokratie gelebt werden kann. Die Ergebnisse sollen im Februar in Schaufenstern des ehemaligen Kaufhofs in der Königsstraße zu sehen sein. Der Wettbewerb fand im Rahmen der „Zukunftsmusik“ statt, einem Zwischennutzungsprojekt am und im Kaufhof. Bürgerinnen und Bürger der Stadt Nürnberg können vor Ort ihre Favoriten bestimmen, die mit einem Preisgeld ausgezeichnet werden. Das veranstaltende Projektbüro Kultur der Stadt Nürnberg organisiert zudem für das Wahlwochenende am 22. und 23. Februar ein „Festival der Demokratie“, auf dem neben den Plakaten unter anderem auch Kurzfilme gezeigt werden. Damit soll ein Zeichen für Demokratie und ein friedliches Zusammenleben und Miteinander gesetzt werden.

➔ [www.staedtetag.de/25104](http://www.staedtetag.de/25104)





## Europa bleibt zentral für die Städte

Die europapolitischen Forderungen des Deutschen Städtetages, die der Hauptausschuss Anfang 2024 in Trier beschlossen hat, bleiben auch nach der Bundestagswahl zentral – vor allem drei Punkte:

Erstens erwartet der Städtetag von der Bundesregierung, dass sie sich einsetzt für eine Stärkung der kommunalen Beteiligung, konkret für verpflichtende Anhörungs- und Konsultationsrechte, eine Stärkung des Ausschusses der Regionen sowie mehr kommunale Mandate in den nationalen Delegationen.

Zweitens erwarten die Städte von der Bundesregierung, dass sie in den anstehenden Verhandlungen des europäischen mehrjährigen Haushaltsrahmens die Kohäsionsmittel mindestens auf gleicher Höhe sichert.

Und drittens: Die Städte erwarten von der Bundesregierung, dass sie die Rolle der Städte in der Außenpolitik stärkt. In der ebenenübergreifenden Zusammenarbeit muss Städtediplomatie als ein Baustein aufgenommen werden.

Eine Übersicht zu europapolitischen Forderungen des Deutschen Städtetages: [↗ www.staedtetag.de/25109](http://www.staedtetag.de/25109)

## Neues Miteinander nach der Bundestagswahl

Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages haben am 22. und 23. Januar 2025 erstmals im thüringischen Gotha getagt. Zentrales Thema: Die anstehende Bundestagswahl. Unter dem Titel „Für ein neues Miteinander“ hat der Hauptausschuss die Erwartungen des Deutschen Städtetages an die neue Bundesregierung beschlossen.

Denn: „Bund und Länder erkennen die Brisanz der Lage in den Städten nicht“, heißt es in dem Papier. „Die finanziellen Perspektiven der Städte sind quer durch die Republik erschreckend. Unausgeglichene Haushalte, enorme Investitionsrückstände, unzureichende Infrastruktur – die wesentlichen Grundlagen für die Gestaltung vor Ort erodieren mehr und mehr.“

Es braucht deshalb mehr als das Drehen an der ein oder anderen Stellschraube. Es braucht ein grundsätzlich neues Miteinander: „Wir brauchen mehr Vertrauen der Bundespolitik und der Landespolitik in die Kommunen und in ihre Rolle als Gestalter. Städte kennen die Herausforderungen vor Ort, Städte können damit umgehen. Es braucht aber deutlich mehr Mittel und mehr Gestaltungsmacht für die Politik vor Ort. Sämtliche Aufgaben müssen quer durch die staatlichen Ebenen ausfinanziert sein.“

Die Themen, zu denen der Hauptausschuss Forderungen an die neue Bundesregierung formuliert hat, sind vielfältig: Digitalisierung, Förderung von demokratischem Engagement, bezahlbares Wohnen und Bauen, Migration und Integration, Innere Sicherheit, Bildung, Klimaschutz, ÖPNV, Krankenhäuser. Und nicht zuletzt spielen die Kommunalfinanzen in den Forderungen eine zentrale Rolle.

Die Erwartungen an die künftige Bundesregierung hier online:

[↗ www.staedtetag.de/25107](http://www.staedtetag.de/25107)



## 80 Impulse gegen die Personalnot im Sozial- und Jugendbereich

Was können Kommunen gegen den Fachkräftemangel im Sozial- und Jugendbereich tun? Darum geht es in einer neuen Publikation der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt). Der Bericht enthält Lösungsansätze aus der kommunalen Praxis, die sich insbesondere auf die Bereiche Kindertagesstätten und Allgemeiner Sozialer Dienst konzentrieren. Er basiert auf den Ergebnissen eines KGSt-Innovationszirkels, an dem sich rund 40 Kommunen beteiligt haben.

➔ [www.staedtetag.de/25102](http://www.staedtetag.de/25102)



## Abschlussbericht der Bundesregierung zur UEFA EURO 2024

Zehn Mitgliedstädte des Deutschen Städtetages waren vergangenes Jahr Ausrichterstädte der Fußball-Europameisterschaft in Deutschland. Der Deutsche Städtetag hat den engen Austausch zwischen den Host Cities koordiniert. In einem Abschlussbericht der Bundesregierung zur UEFA EURO 2024 ziehen alle Beteiligten Bilanz und stellen ihre Arbeit vor. Das Turnier hat auch durch seine nachhaltige Ausrichtung gepunktet und neue Standards für Sport-Großereignisse gesetzt. Mit einem Klimafonds der UEFA wurden zudem in ganz Deutschland nachhaltige Projekte von 190 Fußballvereinen unterstützt..

➔ [www.staedtetag.de/25103](http://www.staedtetag.de/25103)

## Ergebnisse einer Umfrage zu Gewalt gegen Feuerwehrleute

Zuletzt an Silvester waren Angriffe gegen Feuerwehrleute wieder Thema in den Medien. Doch Beschimpfungen sind leider Alltag für Angehörige der freiwilligen Feuerwehren, Berufs- und Werkfeuerwehren. Zahlen liefert eine Studie des Deutschen Feuerwehrverbandes und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung. 50 bis 75 Prozent der Feuerwehrleute gaben an, in den vergangenen zwei Jahren angegriffen worden zu sein. In der Umfrage wurden verschiedene Angriffe erfasst: 92 Prozent wurden beschimpft und beleidigt, 37 Prozent bedroht und 18 Prozent tödlich angegriffen.

➔ [www.staedtetag.de/25101](http://www.staedtetag.de/25101)



© Mihajlo Maricic - colourbox.com

# DIE ZUKUNFT GEHÖRT DIR!

KLISCHEEFREIE BERUFS- UND STUDIENWAHL FÜR ALLE

03  
04  
25

GIRLS-DAY.DE

HANDWERK . TECHNIK . INFORMATIK .  
INDUSTRIE . WISSENSCHAFT .  
FORSCHUNG . UND VIELES MEHR ...

MITMACHEN BEIM

**Girls'Day**  
Mädchen-Zukunftstag



Gefördert von



Durchgeführt von

kompetenzz

# DIE ZUKUNFT GEHÖRT DIR!

KLISCHEEFREIE BERUFS- UND STUDIENWAHL FÜR ALLE

03  
04  
25

BOYS-DAY.DE

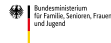
GESUNDHEIT . PFLEGE . SOZIALES .  
ERZIEHUNG . BILDUNG .  
DIENSTLEISTUNG . UND VIELES MEHR ...

MITMACHEN BEIM

Jungen-Zukunftstag  
**Boys'Day**



Gefördert von



Durchgeführt von

kompetenzz

## Wiederwahl

© Roland Fränkle, Presseamt Stadt Karlsruhe



**Städtetag Baden-Württemberg: Dr. Frank Mentrup**, Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, bleibt weiterhin Präsident des Städtetages Baden-Württemberg. Der Sozialdemokrat hat das Amt seit 2023 inne und steht seit 2013 an der Spitze der Stadt Karlsruhe. Er engagiert sich seitdem auch im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Stellvertreter des Präsidenten sind weiterhin Michael Makurath, Oberbürgermeister von Ditzingen, und Philipp Saar, Bürgermeister von Haslach im Kinzigtal.

## Geburtstage

© Frauke Schumann



Bürgermeister **Steffen Mues**, Stadt Siegen, feiert am 11. Februar seinen 60. Geburtstag. Der Christdemokrat leitet seit 2007 die Geschicke der Stadt. Er engagiert sich seit 2020 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages und ist Vorsitzender des Presseausschusses des Deutschen Städtetages.



Herausgeber:  
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1  
10117 Berlin  
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32  
50670 Köln  
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: [post@staedtetag.de](mailto:post@staedtetag.de)  
Internet: [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn  
Leiter Abteilung Kommunikation und  
Medien

Redaktion: Uwe Schippmann  
Mitarbeit: Freya Altmüller

Gestaltung: DITHO Design, Köln  
Layout: Anna-Maria Roch  
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs  
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510  
Fax: 02224/1874-495  
E-Mail: [diederichs@medeya.de](mailto:diederichs@medeya.de)